



JAHRE  
KELLY-SPRINGFIELD  
1894-1969

## KELLY SPRINGFIELD

75 Jahre Forschungsarbeit und Erfahrung im Reifenbau bieten die Garantie dafür, daß jeder KELLY-SPRINGFIELD-Reifen dem neuesten Stand der Reifentechnik entspricht.

Daran sollten Sie denken, wenn Ihr nächster Reifenwechsel fällig wird. Für Ihre Sicherheit darf kein KELLY-SPRINGFIELD-Reifen zu teuer sein.

Auf jeden KELLY-SPRINGFIELD-Reifen leisten wir Garantie auf unbegrenzte Zeit für einwandfreie Materialbeschaffenheit und Verarbeitung.

### DARUM:

Fragen Sie bei Ihrem Reifenhändler ausdrücklich nach KELLY-SPRINGFIELD-Reifen.

## VERBÄNDE

VDS

### Vor dem Bankrott

Mit Hilfe der Bundesregierung übernahmen die Linksradi-kalen die Macht. Bonns Kabinettpolitiker drängten den Dach-Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) an die Seite des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS).

Als das Bundesinnenministerium am Montag letzter Woche den Regierungsbeschuß vom 26. März bekräftigte, dem VDS keine Staatsgelder mehr zu zahlen, lieferte es der Verbandsführung den Vorwand dafür, den VDS zur Hilfstruppe des SDS umzufunktionieren.

So konnten zwei Tage zuvor die in Göttingen neu an die Spitze des Verbandes gewählten vier SDS-Studenten als von der Bundesregierung erzwungene Sparmaßnahme ausgeben, was in Wahrheit die Gleichschaltung des VDS mit dem SDS bedeutet: Die Geschäftsstelle der studentischen Spitzenorganisation wird von Bonn nach Frankfurt, zum Standort des SDS-Bundesvorstands, verlegt.

Gegen den erbitterten Widerstand des bisherigen geschäftsführenden Vorstandes (Volker Gerhardt, Jürgen Kessler, Björn Pätzold) setzten die neugewählten Vorstände Hannes Heer, Frank Wolff, Michael Wolf und Julian von Eckardt am Mittwoch letzter Woche in stundenlangem Klausur ihren Willen durch. Außerdem wurde beschlossen, daß der VDS

- ▷ nicht mehr als Herausgeber der biedereren Verbands-Zeitschrift „Input“ auftritt,
- ▷ seine Mitarbeit in der Auslandsstelle des regierungskonformen Bundesstudentenrings einstellt,
- ▷ seine Klage gegen die Bundesregierung auf Weiterzahlung der staatlichen Zuschüsse selbstbewußt zurückzieht.

Diese Beschlüsse markieren den Wandel des Verbandes von der einst politisch neutralen Interessenvertretung aller bundesrepublikanischen Studenten zum revolutionären Kampfverband.

Schon Anfang Februar dieses Jahres hatten die Linksradi-kalen den gemäßigten VDS-Vorsitzenden Christoph Ehmann zum Rücktritt gezwungen und sich darangemacht, die Organisation für ihre Zwecke umzubauen. Auf der ordentlichen Mitgliederversammlung vom 3. bis 10. März in Köln setzten sie ein „Strukturmodell“ durch, in dessen „sozialistischer Präambel“ als Ziele der Verbandspolitik „Hochschulrevolte“, „Revolutionierung der Gesellschaft“ und Erziehung zu „sozialistischer Berufspraxis“ genannt werden.

In Köln bereits forderte der SDS alle Macht im VDS-Vorstand für sich, scheiterte aber noch am Widerstand der Gemäßigten. Dennoch statuierten die Bonner Staatsparteien schon da-



VDS-Vorstand Heer (SDS)  
„Wir buhlen nicht um Geld“

mals ihr Exempel: Auf Empfehlung seines Studenten-Referenten Erwin Lunke schlug Innenminister Ernst Benda dem Kabinett vor, die Zuschüsse von rund 800 000 Mark im Jahr zu sperren; am 26. März drehte die Bundesregierung den Geldhahn zu.

Lunke begründete den Beschuß am 16. April in einem Brief an den VDS damit, daß der Verband „nicht mehr die Gewähr für eine im Sinne des Grundgesetzes förderliche Arbeit“ biete.

Damit lieferten Bonns Kabinetts-herren den Radikalen ein Argument für ihre Agitation gegen das „System“, das politisch unliebsame Studenten mit Finanzmanipulationen niederhalte. Zugleich wurde den Gemäßigten die finanzielle Basis für ihre Arbeit entzogen, denn mit dem Stop der Staatsgelder fehlte dem Verband mehr als die Hälfte seines Jahresetats von rund 1,5 Millionen Mark.

Was blieb, waren die Zwangsbeiträge der örtlichen Studentenschaften von Universitäten und Hochschulen — 700 000 Mark jährlich. Doch auch diese Gelder flossen seit der Kölner Mitgliederversammlung spärlicher, weil als Reaktion auf die Vorgänge in Köln 26 der 97 dem VDS angeschlossenen Studentenschaften den Verband verließen, darunter die Universitäten Köln, Bonn, Stuttgart, Mainz, Karlsruhe und Münster. „Wenn das so weitergeht“, so rechnete Lunke aus, „steht der VDS spätestens in einem Jahr vor dem Bankrott.“

Um diesem Bankrott zu entgehen, reichte der Verband, vertreten von Rechtsanwalt Josef Augstein, am 5. Mai beim Kölner Verwaltungsgericht Klage gegen den Regierungs-Beschluß ein. In seiner Klageschrift hielt Augstein dem Kabinett vor, die Begründung des Finanzboykotts sei „nachweislich falsch“.

Lunke meinte freilich, der Anwalt habe sich „mit Verlauf und Ergebnis der Kölner Mitgliederversammlung

nicht ausreichend befaßt". Sonst hätte er zu anderen Schlüssen kommen müssen.

Die außerordentliche Mitgliederversammlung in Göttingen vom 28. bis 31. Mai bestärkte Bendas Lunke noch in seiner Meinung: „In Göttingen wurden die Konsequenzen gezogen. Danach war für mich klar, daß ich der Bundesregierung eine Revision ihres Beschlusses vom 26. März nicht empfehlen konnte.“

Auch Josef Augstein hat inzwischen die Konsequenzen gezogen. Mit Schreiben vom 2. Juni bat er den VDS, ihn von seinem Mandat zu entbinden.

Die vier Vorstands-Studenten gaben sich gelassen: „Wir buhlen nicht um das Geld der Leute, die wir bekämpfen.“

## BERLIN

### KINDER

#### Vereinigt euch

Sie piepsten die „Internationale“, schwenkten rote Fahnen im Mini-format und krächten radikale Parolen: „Mehr Eltern für jedes Kind.“

93 Apo-Zöglinge — zu Fuß, in Tragetaschen, Kinderwagen oder Huckepack — und ebenso viele Mütter und Väter zogen am 1. Juni bei der ersten West-Berliner Kinder-Demonstration über die Steglitzer Schloßstraße. 135 Ordnungshüter und 20, zum erstmalig zum Außendienst abkommandierte weibliche Schutzpolizisten (Bürokraten-Jargon: „Wespen“) eskortierten sie.

Auf Transparenten forderten Püppis und Papis: „Kinder aller Länder, vereinigt euch“ und „Starfighter nein, Kindergärten ja“. Flugblätter verkündeten:



Kinder-Demonstration in Berlin  
Nerven wie Testpiloten

- ▷ „Es gibt weder genug Kinderspielplätze noch genug schöne Kindergärten“,
- ▷ „es gibt nicht genug gutbezahlte Kindergärtnerinnen“,
- ▷ „Kinderspielzeug wird so hergestellt, daß es sofort kaputtgeht“.

Und die Mamis klagten im Chor: „Mütter von zwei Kindern brauchen stärkere Nerven als Testpiloten.“

Die Idee zum Go-um der linken Hosenmätze stammte von der Steglitzer Neun-Mann-„Kommune 99“ („K 99“), zu deren Mitgliedern die Schriftstellerin und DDR-Emigrantin Ute Erb, zwei Kinder („Die Kette an deinem Hals“), zählt. Den Erb-Kommunarden schien es hohe Zeit, gegen den in der Tat chronischen Mangel an Kindergärten wie Kindergärtnerinnen in West-Berlin zu rebellieren.

Der Vorschlag zur Straßendemonstration stieß im Lager der antiautoritären Apo-Genossen allerdings auf Widerstand. Dem „Zentralrat der sozialistischen Kinderläden“ (der 15 Apo-eigenen Kindergärten in West-Berlin) war ein Umzug en famille nicht radikal genug. Die Zentralräte wollten bei dieser Gelegenheit wenigstens eines der Berliner staatlichen Hauptkinderheime besetzen oder doch zumindest einen der städtischen Kindergärten erstürmen.

In der ultra-linken „Roten Pressekorrespondenz“ bemängelte der Zentralrat den Verzicht auf ein derart „konkretes Demonstrationsziel“ und lehnte die Teilnahme der Kinderläden mit der Begründung ab, die Veranstaltung der K 99 liefere genau jenes „Feigenblättchen, das die Herrschenden von uns immer zum Beweis ihrer demokratischen Liberalität wünschen“.

Die Steglitzer Kommunarden jedoch vertrauten — durch die Zusage dreier Kinderläden bestärkt — auf die Solidarität der linken Genossen, kauften 96 Luftballons, zwei Waschpulvereimer voll Bonbons, eine Tragetasche Dauerlutscher und zehn Flaschen Himbeersirup, Marke „Delta“, zu 1,48 Mark das Stück. Ihre Ankündigung, nach der Demonstration gäbe es im Treitschkepark ein Kinderfest mit Kasperle-Theater, brachte schließlich an die hundert Sprößlinge samt Anhang auf die Beine.

Peter Paul Zahl, Drucker von Untergrundzeitungen, machte den Kasper und unterhielt die Festversammlung vom jüngsten — Kolja Hölzer, zwei Monate — bis zum ältesten — dem Apo-Original „Roter Konrad“, 60 — mit Sprüchen wie: „Ja, Kinder, stellt euch vor, der Bürgermeister Neubauer will den Kindergarten zumachen, er braucht das Geld, um Kanonen zu kaufen.“

Freilich, gegen Abend kam zumindest den jüngeren, von soviel Lustbarkeit ermüdeten Teilnehmern das Bewußtsein vom Sinn der Aktion abhanden. Nickel Pampuch, 6, Mitglied der K 99 und Bonbon-Verteiler, konnte sich nicht mehr so recht erinnern, warum er demonstriert hatte: „Mensch, das weiß ich jetzt nicht.“

# Großstadt-Optimist



Meistert den verwickeltesten Stoßverkehr mit eiserner Ruhe und einer guten Batterie. Wohl dem, der eine DETA unter der Haube hat. Eine Batterie, startfreudig und unverwüstlich. Der hat immer einen guten Start.



**DETA**  
Akkumulatorenwerk GMBH  
3422 Bad Lauterberg (Harz)